



Tel.: 030/69 56 8339
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de
Kopernikusstr. 23
10245 Berlin

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Pressemappe zur Pressekonferenz am 4. Mai 2023

Rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin 2022

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Gefördert durch

BERLIN



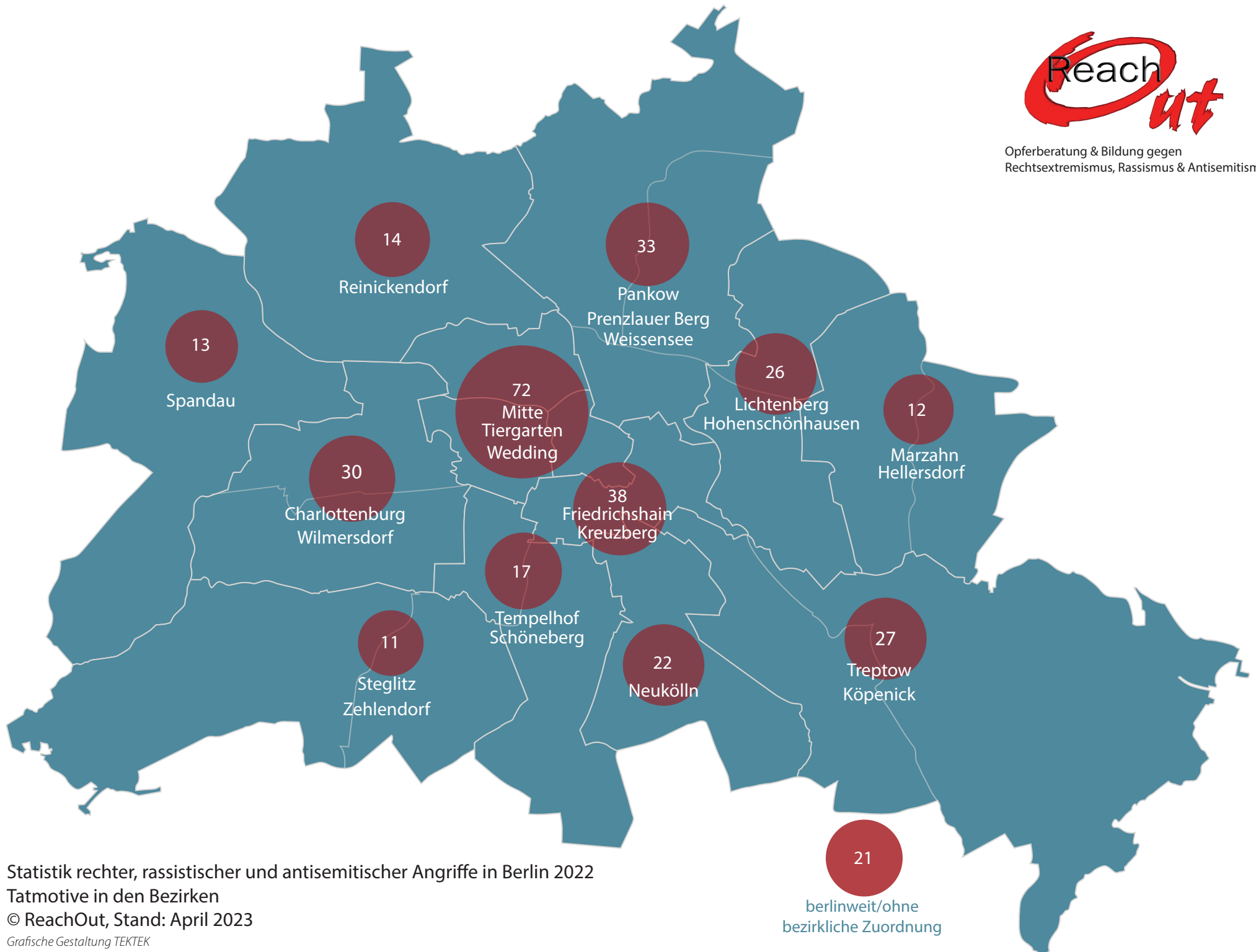
Senatsverwaltung
für Justiz, Vielfalt
und Antidiskriminierung

im Rahmen von



**DEMOKRATIE.
VIELFALT.
RESPEKT.**

Das Landesprogramm gegen
Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus



Statistik rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe in Berlin 2022

Tatmotive in den Bezirken

© ReachOut, Stand: April 2023

Grafische Gestaltung TEKTEK



Tel.: 030/69 56 8339

Fax.: 030/69 56 8346

info@reachoutberlin.de

www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Sperrfrist: 4. Mai 2023, 11:00

Pressemitteilung

**Für 2022 dokumentiert ReachOut 336
rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin.
Nur ein Teil dieser Taten wird öffentlich bekannt.
Rassismus ist das häufigste Motiv.**

ReachOut, die Berliner Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, verzeichnet mit 336 Angriffen für das Jahr 2022 fast genauso viele Taten wie im Jahr zuvor (353 Angriffe). Mindestens 490 Menschen wurden im vergangenen Jahr verletzt und bedroht. Die Zahl der Angriffe bleibt damit seit Jahren nahezu konstant erschreckend hoch.

Berlin, 4. Mai 2023

Insgesamt erfasst ReachOut **336 Angriffe für das Jahr 2022** (2021: 353). Mindestens 490 Menschen wurden verletzt, massiv bedroht, gejagt und bespuckt. Unter den Opfern sind 38 Kinder und 45 Jugendliche. Dazu kommen 21 Kinder, die dabei waren, als ihre erwachsenen Begleitpersonen geschlagen und gedemütigt wurden.

Sabine Seyb, Mitarbeiterin von ReachOut, fasst die Angriffssituation im vergangenen Jahr zusammen: *“Erschreckend ist, dass nach unseren Erkenntnissen, die meisten Angriffe im öffentlichen Raum, in öffentlichen Verkehrsmitteln und Haltestellen stattfinden. Überall dort also, wo Passant*innen und Mitfahrende helfen könnten. Unsere Recherchen und die Gespräche mit den Betroffenen zeigen jedoch, dass ihnen meistens niemand zur Hilfe kommt. Die Gleichgültigkeit, manchmal vielleicht die heimliche oder offene Zustimmung der Unbeteiligten ist für die Opfer mindestens genauso verletzend und schmerzhaft, wie die körperlichen Wunden, die sie davontragen.”*

Beispiele aus unserer Chronik:

Am 4. August 2022 steigt eine Frau gegen 21.30 Uhr in Moabit in einen Bus der Linie 187. Ein vor ihr sitzender, unbekannter Mann dreht sich um, spuckt ihr unvermittelt ins Gesicht und beleidigt sie aus LGBTIQ-feindlicher Motivation. Weder der Busfahrer noch andere Fahrgäste, kommen der Frau zur Hilfe.*

Auch, als die damals 17-jährige Dilan S. am 5. Februar 2022 in Prenzlauer Berg gegen 20.10 Uhr von sechs erwachsenen Männern und Frauen rassistisch motiviert geschlagen und getreten wird, kommt ihr niemand zur Hilfe.

Wie entscheidend es für den Verlauf eines Angriffs sein kann, wenn Passant*innen eingreifen, zeigt dieses Beispiel:

Am 6. August wird ein 58-jähriger Radfahrer, der an einer Ampel wartet, von einem unbekanntem Mann bedrängt und antisemitisch beleidigt. Der 58-Jährige wird bedroht und ihm werden seine Kippa und dabei auch Haare vom Kopf gerissen. Der Betroffene erleidet Verletzungen durch mehrere Schläge gegen den Kopf und ins Gesicht. Erst durch das Eingreifen eines Zeugen gelingt es dem Betroffenen, sich von der Fahrbahn in Sicherheit zu bringen.



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Auch wenn es für Unbeteiligte bedrohlich erscheinen mag, sich einzumischen: Einen Krankenwagen und die Polizei zu verständigen, ist nicht gefährlich. Andere Passant*innen anzusprechen und gemeinsam zu helfen, kann eine Möglichkeit sein.

Mit 198 Taten sind fast 60% der Angriffe rassistisch motiviert (2021: 219/60% von 353).

Von den insgesamt 198 rassistisch motivierten Taten wissen wir, dass mindestens 13 Angriffe antimuslimisch motiviert waren, sich 6 gegen Rom*nja und Sintezz*a und 31 gegen Schwarze Menschen richteten.

57 Taten wurden aus **LGBTIQ*-feindlichen Motiven** begangen (2021: 47). Hier beobachten wir trotz des leichten Rückgangs der Angriffszahlen insgesamt, einen Anstieg. Die **antisemitischen Gewalttaten** sind mit **25** nahezu gleich geblieben (2021: 24). Die Zahl der Attacken und massiven Bedrohungen **gegen politische Gegner*innen** ist mit **28 Angriffen** beinahe unverändert (2021: 27). Zudem erfuhr ReachOut von **16** Bedrohungen und Angriffen **gegen Journalist*innen**. **Gegen obdachlose Menschen** richteten sich **8 Gewalttaten**.

Bei den meisten Angriffen handelt es sich um **Körperverletzungen (187)**, **gefährliche Körperverletzungen (87)** und **massive Bedrohungen (39)**. Zudem mussten wir **10 Brandstiftungen** und **3 schwere Körperverletzungen** dokumentieren:

Ein Beispiel:

*Am 30. Mai 2022 wird in Friedrichshain auf ein linkes Hausprojekt in der Grünberger Straße morgens zwischen 5.00 und 6.00 Uhr ein Brandanschlag verübt. Das Feuer wird am Müllhaus im Hof gelegt und die Flammen reichen bis zum dritten Stock des Hauses. Im Hausflur wird eine zweite Brandquelle entdeckt, die nicht gezündet hat. In der Vergangenheit haben Hausbewohner*innen Schmierereien der Identitären im Hof entdeckt.*

Die meisten Angriffe werden in den innerstädtischen Bezirken verübt.

Im Bezirk Mitte finden insgesamt **72** (2021: 61) und somit stadtweit die meisten Angriffe statt. Trotz des leichten Rückgangs der Angriffszahlen in ganz Berlin, hat es hier einen weiteren Anstieg gegeben.

Die Gewalttaten und massiven Bedrohungen in **Friedrichshain-Kreuzberg** sind von **55 auf 38 gesunken**. Davon sind **17 Angriffe rassistisch motiviert**, **10 Angriffe** richten sich dort **gegen die sexuelle Identität oder Orientierung der Betroffenen** und **5 Angriffe** haben ein **antisemitisches Motiv**.

Weitere Angriffsschwerpunkte dokumentieren wir in den Bezirken **Pankow (33)**, **Charlottenburg-Wilmersdorf (30)**, **Treptow-Köpenick (27)** und **Lichtenberg (26)**. **Häufigstes Tatmotiv in diesen Bezirken: Rassismus.**

In **Neukölln** dokumentiert ReachOut mit **22** Angriffen (2021: 36) einen Rückgang. **Häufigstes Motiv: Die sexuelle Identität oder Orientierung der Betroffenen (13).**

Trotz des Rückgangs der Angriffszahlen in Neukölln, gibt es keinen Grund zur Entwarnung. Die Neuköllner Anschlagserie ist nach wie vor nicht aufgeklärt. Auch der Mörder von Burak Bektaş wurde nicht ermittelt. Die Hauptverhandlung, in der im Dezember 2022 gegen Thilo Paulenz und Sebastian Thom das Urteil gesprochen wurde, war *“von Beginn an eine Farce und zum Scheitern verurteilt”*, so die Bewertung der Nebenklage. Die Betroffenen und ihre Unterstützer*innen wundert das nicht. Denn auch in diesem Verfahren ging die Berliner Justiz von Einzeltäter*innen aus. Deren Netzwerke, um die es eigentlich gehen müsste, um die Opfer wirklich zu schützen, wurden nicht thematisiert.



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Der parlamentarische Untersuchungsausschuss zu Neukölln, muss sofort wieder eingesetzt werden. Auch hier gilt: Einzeltäter*innenthesen tragen nicht zur Aufklärung bei. Akten und Informationen dürfen nicht länger vorenthalten werden. Außerdem muss die Öffentlichkeit den Untersuchungsausschuss beobachten können – nicht nur über Bildschirme. Wir unterstützen die Betroffenen in ihrer Forderung nach einer umfassenden Aufklärung der Anschlagserie und nach den Konsequenzen für Ermittlungsbehörden und Justiz.

Das Gesamtbild und die Entwicklung der Angriffszahlen zeigt: *“Insbesondere die rassistisch motivierten Angriffe geschehen täglich und bleiben zahlenmäßig auf einem besorgniserregend hohen Niveau. Zudem gehen wir davon aus, dass wir nur einen Teil von dem erfahren, was rassismusbetroffene Menschen in Berlin tatsächlich ertragen müssen”,* so Sabine Seyb.

Seitdem ReachOut keine Informationen mehr von den Ermittlungsbehörden erhalten darf und nur ein geringer Teil der angezeigten Gewalttaten als Polizeipressemeldungen erscheinen, ist davon auszugehen, dass sehr viele der extrem rechten, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten der Öffentlichkeit nicht bekannt werden. Das hat Folgen, auch für die Betroffenen. Denn die Erarbeitung von Gegenstrategien in den Bezirken, die die konkrete Situation zur Grundlage haben, werden eingeschränkt.

“Unsere Arbeit als Monitoringstelle wird zur Zeit enorm erschwert. Auch die Antworten auf Kleine Anfragen im Abgeordnetenhaus zur ‘politisch motivierten Kriminalität rechts’ enthalten nicht die Informationen, die wir für eine umfassende Auswertung der Angriffssituation benötigen.”, so Sabine Seyb.

Deswegen fordert ReachOut, dass die zur Zeit übliche Praxis geändert wird, damit ReachOut möglichst viele Betroffene zeitnah erreichen und ein aussagekräftiges Monitoring auch in Zukunft gewährleisten kann. Möglich wäre das, wenn zumindest zu allen Gewaltstraftaten, die dem Bereich (“politisch motivierte Kriminalität rechts”) zugeordnet werden, eine Pressemeldung von der Polizei herausgegeben wird.

Institutioneller Rassismus und die Arbeit von ReachOut

ReachOut wünscht sich, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte Enquete-Kommission gegen Rassismus und Diskriminierung im Berliner Abgeordnetenhaus noch vor der Sommerpause eingesetzt wird.

*“Dies würde eine langfristige Auseinandersetzung mit jeder Form von Rassismus auf allen Ebenen ermöglichen. Und vielleicht würden dann rassistische Äußerungen, insbesondere von Politiker*innen, wie beispielsweise im Zusammenhang mit der rassistisch aufgeheizten Debatte um die Geschehnisse in der Silvesternacht, entschieden verurteilt und unterbunden.* (<https://www.reachoutberlin.de/de/Aktuelles/Ver%C3%B6ffentlichungen/Pressemitteilung/Pressemitteilung%20Silvesternacht/>) *Diese Kommission sollte institutionellen Rassismus ernsthaft in den Blick nehmen und Gegenmaßnahmen beschließen”,* so Sabine Seyb. Bei der Entwicklung von Handlungsstrategien und deren Umsetzung sei die Einbeziehung von Initiativen und Vereinen aus den diversen Communities unumgänglich, betont die Vertreterin von ReachOut.

Weil institutioneller Rassismus und rassistische Gewalt und Bedrohung miteinander verknüpft sind, arbeitet ReachOut in beiden Handlungsfeldern.

So sind die Angriffe, die Kinder und Jugendliche im Kontext Schule erleiden müssen, ein wichtiges Thema in der Beratung von ReachOut. Häufig handelt es sich um rassistisches Mobbing. Die Folgen für die Betroffenen sind schwerwiegend, weil sich Schulen und Kitas



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus als staatliche Einrichtungen nicht umgehen lassen. Häufig sind Kinder und Jugendliche den gewaltvollen Erlebnissen schutzlos ausgeliefert. Eltern fürchten Konsequenzen für ihre Kinder, wenn sie sich wehren. Schulleitungen, Lehrende und politisch Verantwortliche positionieren sich zu selten auf der Seite der Betroffenen. Vielmehr wird das Problem allzu oft bagatellisiert und verschwiegen.

Ganze Familien werden so traumatisiert. Der einzige Ausweg ist dann meistens ein Schulwechsel, den nicht etwa die Täter*innen (Lehrende und /oder Schüler*innen) vornehmen müssen, sondern die Opfer.

Ein Anfang wäre es, unabhängige Beschwerdestellen in allen Berliner Bezirken für den Bereich Schule und Kita einzurichten. Dies sollte nach dem Vorbild der Anlauf- und Fachstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen und Kitas in Friedrichshain-Kreuzberg passieren. Rassismus und andere Formen physischer und psychischer Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen kann lebenslange Folgen haben und muss beendet werden.

Weitere Einzelheiten zu den Angriffszahlen entnehmen Sie bitte der Pressemappe, den darin enthaltenen Grafiken und der Tabelle "Rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin". In der Tabelle geben wir einen Rückblick auf die Entwicklungen der letzten Jahre. Bitte beachten Sie auch das Handout zur Arbeit der Anlauf- und Fachstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen und Kitas in Friedrichshain-Kreuzberg.

Für Rückfragen und Interviews stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Zur Angriffssituation:

Sabine Seyb

Tel.: +49 30-695 68 339 oder +49 170-4265020

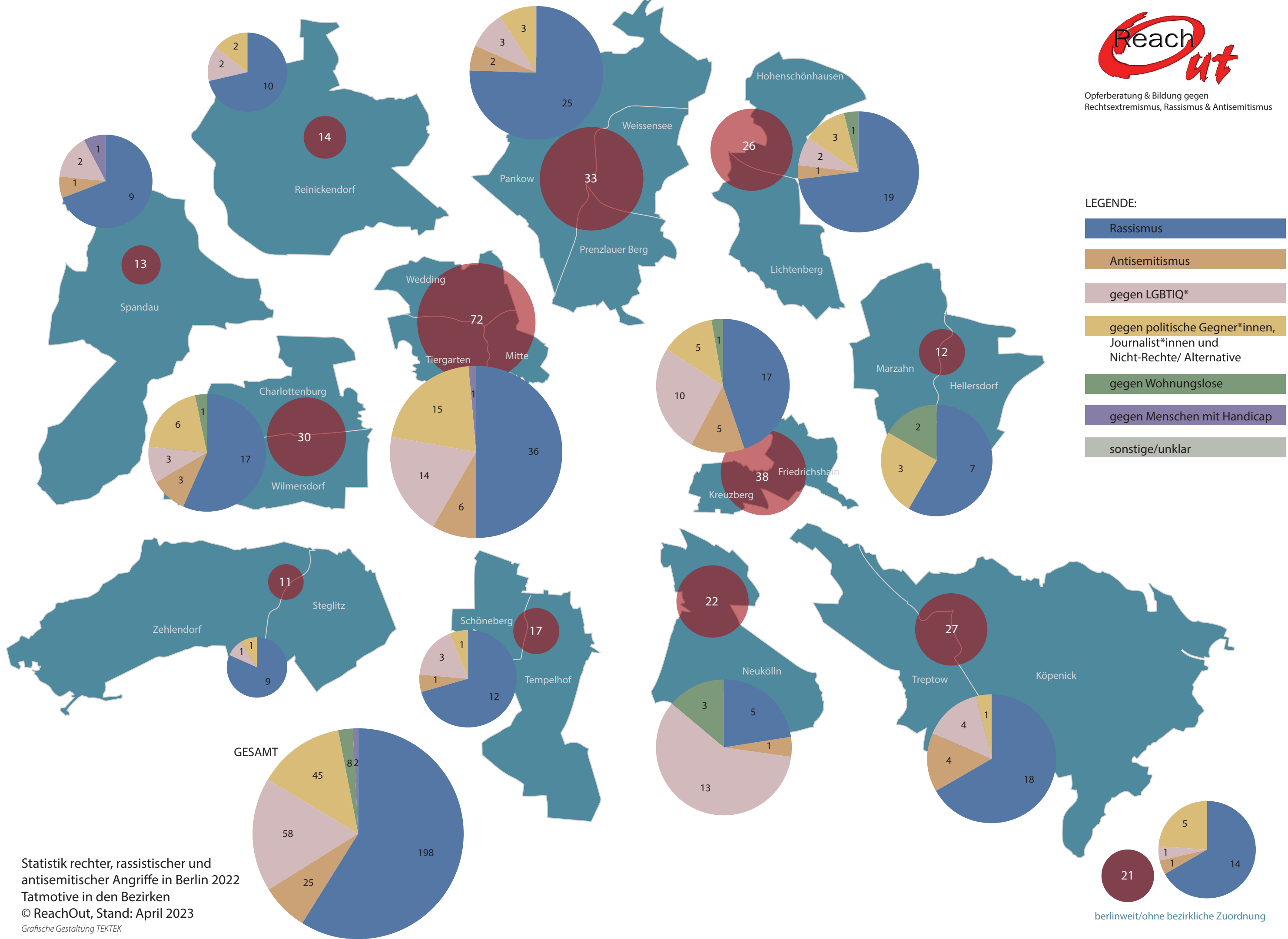
Zu rassistischem Mobbing:

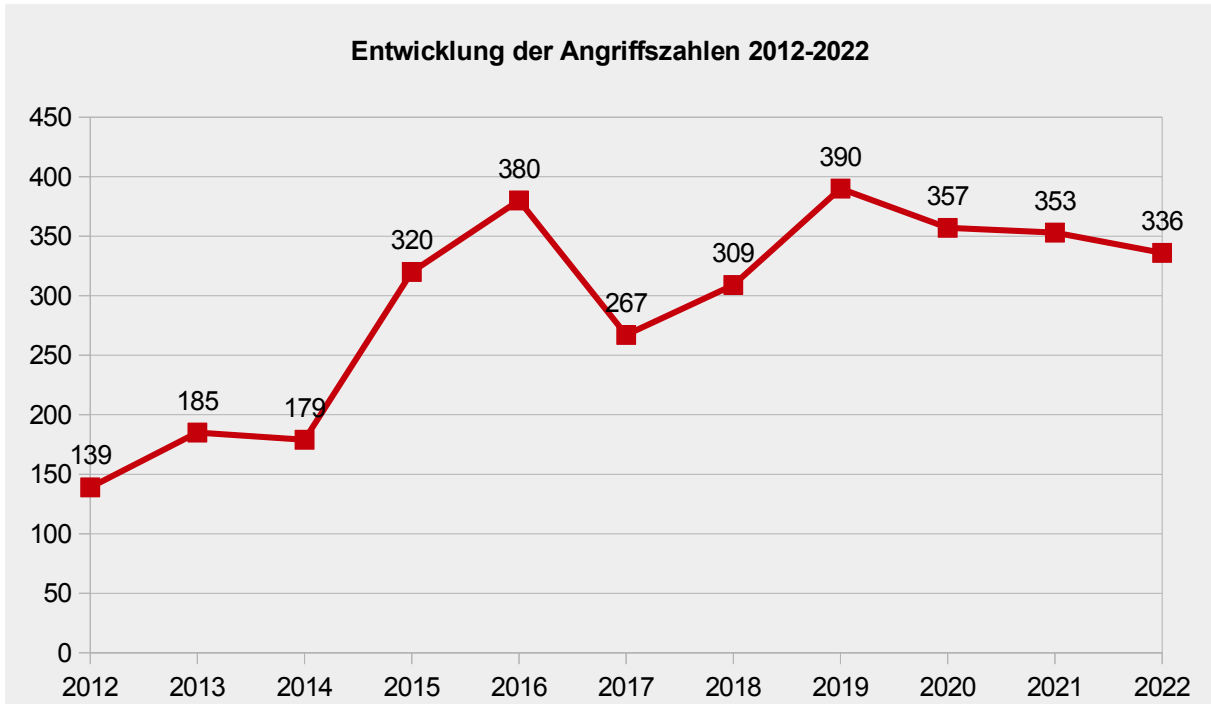
sanchita_basu@reachoutberlin.de

+ 49 30 695 68-339 oder +49 152 152 89788

olenka.bordo.benavides@raa-berlin.de

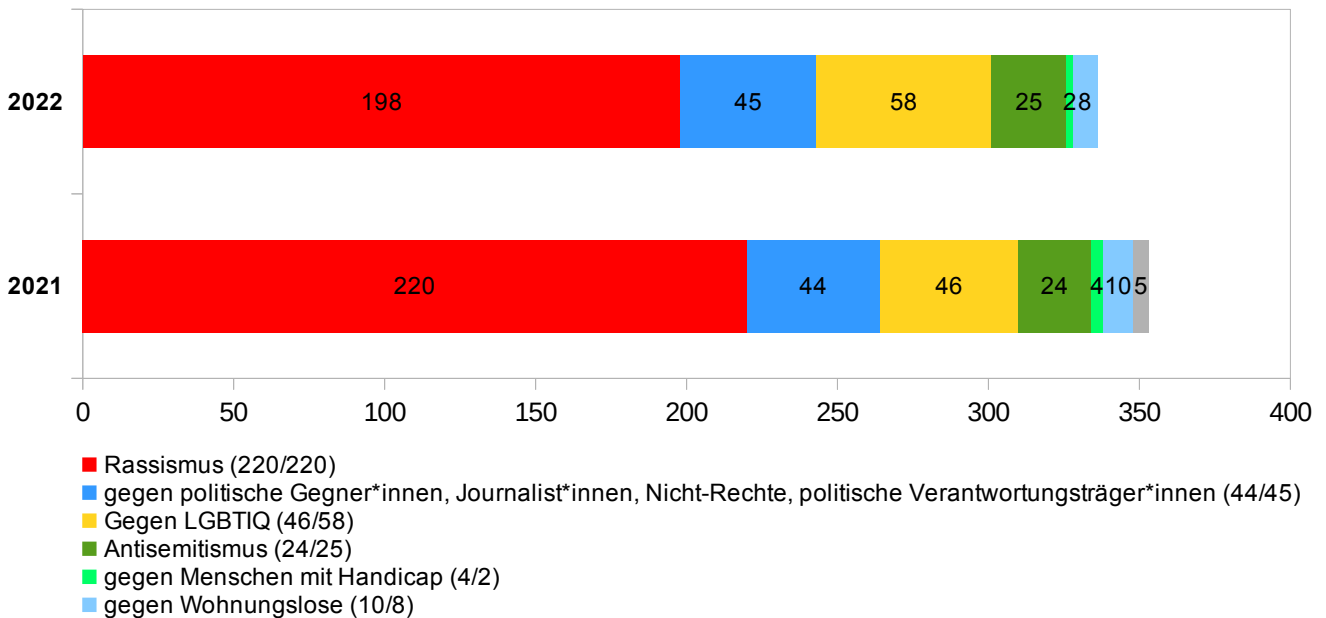
+49 30 902 98-7318 oder +49 170 682 9994





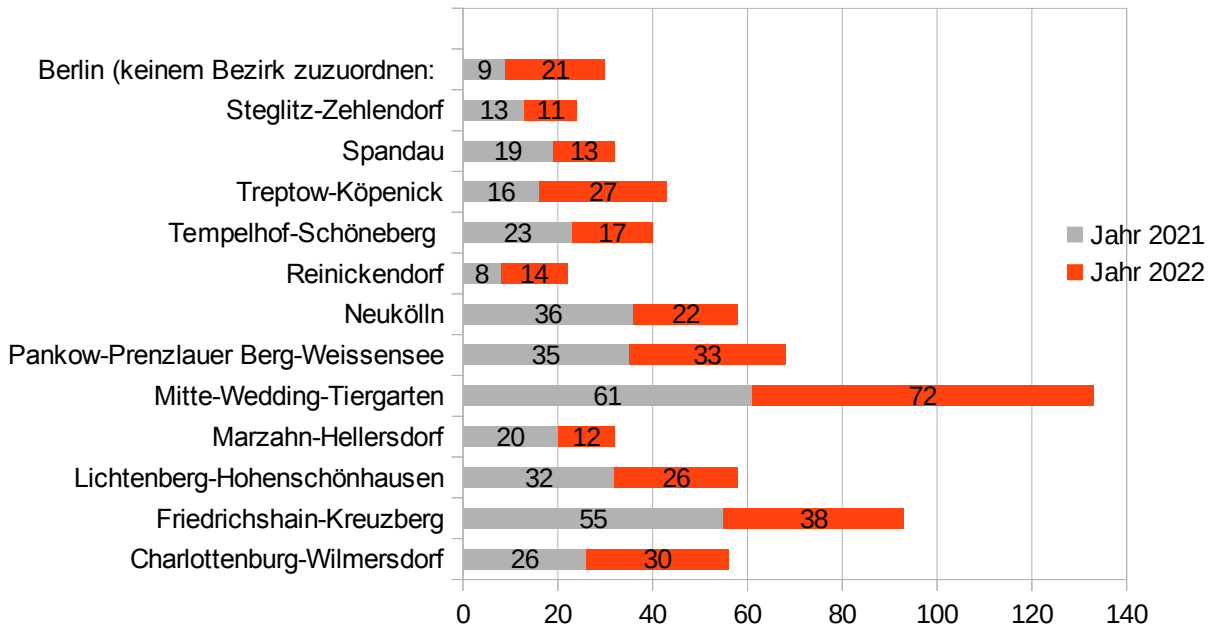
Tatmotive 2020/2021 im Vergleich

2021: 353 Angriffe / 2022: 336 Angriffe



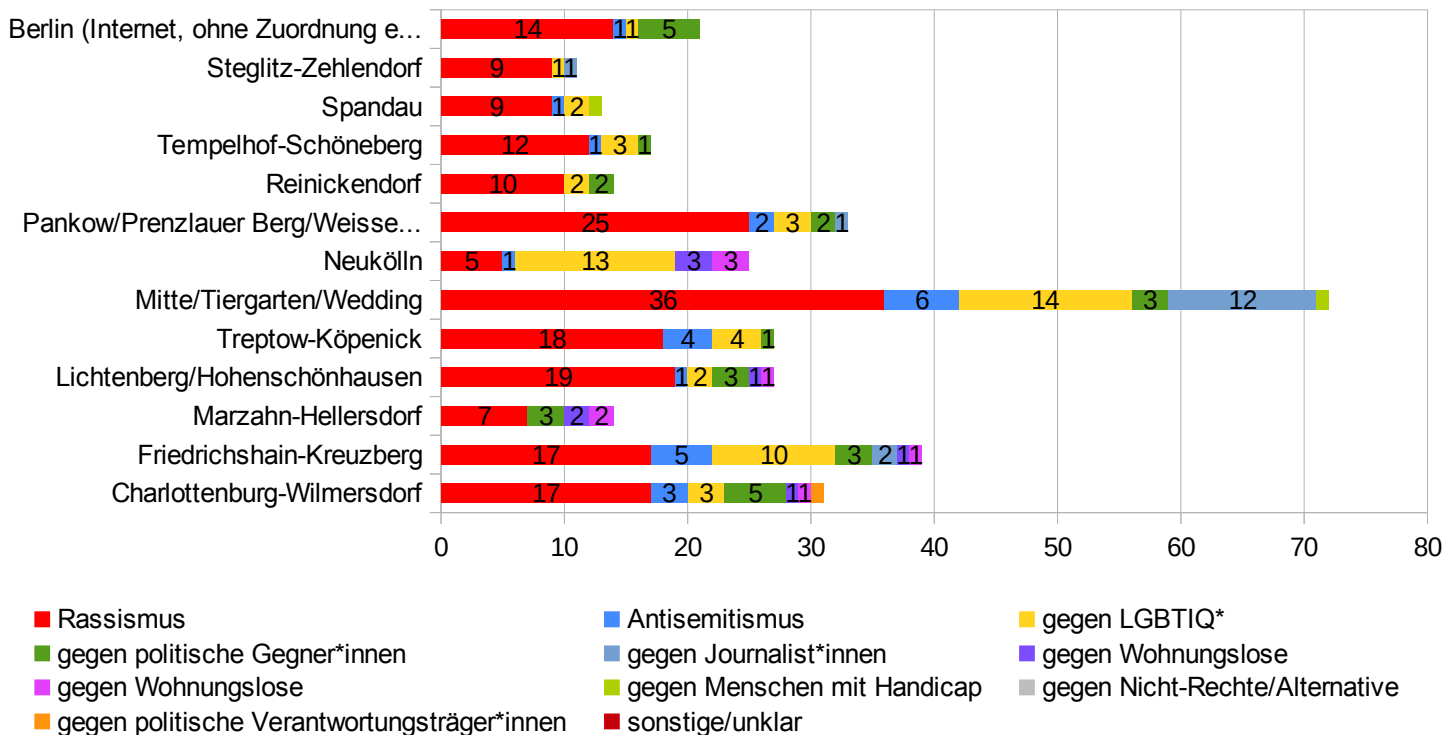
Angriffe in den Bezirke

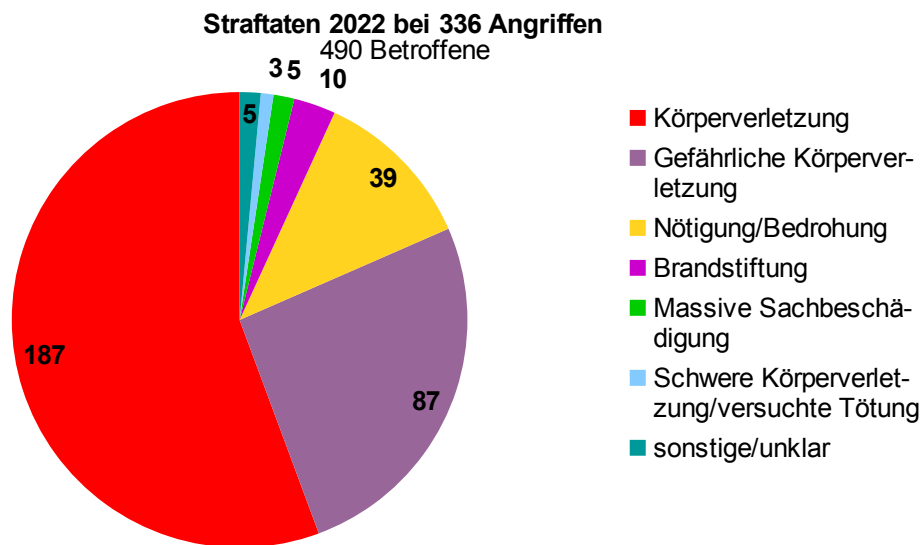
Vergleich 2021 (353) und 2022 (335)



Tatmotive in den Berliner Bezirken 2022

336 Angriffe gesamt





ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

ReachOut ist die Berliner Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Bedrohungen in Berlin. Auch Angehörige und Freund*innen der Opfer und Zeug*innen eines Angriffs finden bei uns Unterstützung.

ReachOut berät auch Opfer von Racial Profiling und rassistischer Polizeigewalt.

In der Beratung orientiert sich ReachOut an den Bedürfnissen der Betroffenen. Jeder Schritt, jede Handlungsmöglichkeit wird gemeinsam mit den Ratsuchenden besprochen. Nichts geschieht ohne deren Einverständnis.

Die Beratungen sind kostenlos und parteilich für die Betroffenen. Vertraulichkeit und auf Wunsch Anonymität sind dabei selbstverständlich.

Die Mitarbeiter*innen von ReachOut recherchieren, dokumentieren und veröffentlichen Angriffe mit rechtem, rassistischem oder antisemitischem Hintergrund.

Das Projekt bietet rassismuskritische und empowernde Workshops, Veranstaltungen und Fortbildungen an.

Immer stehen die Situation und die Perspektiven der Betroffenen im Zentrum der Arbeit.

Kontakt:

www.reachoutberlin.de

030-695 68 339

info@reachoutberlin.de

beratung@reachoutberlin.de

bildung@reachoutberlin.de

Kopernikusstr. 23
10245 Berlin



Rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin 2012-2022

Stand: 4.5.2023 - Sperrfrist: Donnerstag, 4. Mai 2023, 11:00 Uhr

ReachOut berät Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Bedrohung und veröffentlicht jährlich die recherchierten Angriffszahlen. Nicht gezählt werden Propagandadelikte, Beleidigungen, Diskriminierungen und Sachbeschädigungen, wenn keine Personen dabei gefährdet oder direkt bedroht sind. Differenzen zu polizeilichen Angaben ergeben sich durch unterschiedliche Einschätzungen der Tathintergründe. Außerdem erfährt ReachOut von Fällen, die nicht angezeigt werden. Eine Auswertung der Angriffszahlen für die Stadtteile im Einzelnen und für die Angriffsorte ist seit 2021 nicht mehr möglich, da die Behörden diese Informationen nicht mehr zur Verfügung stellen.

© ReachOut 2022	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Angriffe in den Berliner Bezirken											
Charlottenburg	12	10	12	17	19	16	18	11	25	26	30
Wilmerdorf	1	3	4	5	7	2	6	6	3		
Friedrichshain	15	14	10	13	16	18	20	23	22	55	38
Kreuzberg	6	15	16	12	24	14	19	30	30		
Lichtenberg	5	13	8	13	20	13	15	20	17	32	26
Hohenschönhausen	1	7	3	10	9	4	7	8	7		
Marzahn	2	7	5	47	32	15	10	10	15	20	12
Hellersdorf	1	16	15	24	18	9	5	5	3		
Mitte	12	8	24	21	27	19	35	45	28	61	72
Wedding	9	12	8	16	14	26	14	30	20		
Tiergarten	6	4	8	23	27	15	13	22	12		
Pankow	1	9	12	13	11	4	6	12	13	35	33
Prenzlauer Berg	8	11	4	13	14	6	12	10	17		
Weissensee	3	1	0	8	3	2	7	5	5		
Neukölln	22	11	15	19	38	36	43	56	34	36	22
Reinickendorf	5	4	4	9	12	10	13	10	16	8	14
Tempelhof	2	0	5	3	7	3	5	8	5	23	17
Schöneberg	8	13	9	18	14	15	11	24	13		
Treptow	12	12	2	9	17	14	20	15	15	16	27
Köpenick	3	8	9	13	16	8	10	17	11		
Spandau	2	5	3	6	13	9	11	9	21	19	13
Steglitz	1	1	2	4	11	3	6	7	6	13	11
Zehlendorf	2	1	1	1	4	2	2	3	3		
Berlin (Internet, ohne Zuordnung)	-	-	-	3	7	4	1	4	16	9	21
Gesamt	139	185	179	320	380	267	309	390	357	353	336
Tatmotiv	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Rassismus	68	87	100	175	233	140	167	219	196	219	198
Antisemitismus	6	8	18	25	31	13	44	31	28	24	25
Gegen LGBTIQ*	30	44	22	43	70	67	63	105	93	47	58
Gegen Menschen mit Handicaps	3	4	2	1	2	2	2	3	-	3	2
Gegen sozial Benachteiligte/ Wohnungslose	3	3	0	3	2	2	8	10	3	11	8
Gegen politische Gegner*innen	15	27	31	59	32	40	23	17	18	27	28
Gegen Nichtrechte, Alternative	12	9	6	2	3	0	-	2	1	2	-
Gegen Journalist*innen	-	-	-	10	2	1	-	2	13	17	16
Gegen Politiker*innen	-	-	-	2	1	1	-	0	5	0	1
Sonstige/Unklar	2	3	0	0	4	1	2	1	-	3	-
Gesamt	139	185	179	320	380	267	309	390	357	353	336
Angriffsort	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Öffentlicher Raum	69	121	107	120	135	114	139	136	155	?	?
Geflüchtetenunterkunft/Umfeld	-	-	-	43	41	9	12	2	3	?	?
Öffentliche Verkehrsmittel/ Bahnhof/Haltestelle	34	42	37	65	87	61	62	111	78	?	?
Demonstration/Umfeld	-	-	-	35	14	6	16	6	11	?	?
Arbeitsplatz	9	8	10	8	16	9	16	29	19	?	?
Wohnung und Wohnumfeld	17	6	18	16	38	32	23	33	32	?	?
Kneipe, Laden, Supermarkt etc.	9	8	7	15	22	18	28	43	26	?	?
Bildungsstätte, Jugendeinr., Sport	1	0	0	6	9	7	7	16	6	?	?
Behörden	-	-	-	5	4	0	1	-	-	?	?
Räume pol. Org./Parteien	-	-	-	3	3	2	1	1	-	?	?
Internet	-	-	-	4	7	4	1	3	17	?	?
Sonstige/Unklar	-	-	-	-	4	5	3	10	10	?	?
Gesamt	139	185	179	320	380	267	309	390	357	353	336



Anlauf- und Fachstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen und Kitas in Friedrichshain-Kreuzberg



BEDARF. Pädagogische Kontexte sind nicht nur ein Abbild der Gesellschaft, sondern sie spielen eine wichtige Rolle für ihre Gestaltung und sie sind wirkmächtige Orte. Gleichfalls werden dort kontinuierlich Diskriminierungen und Rassismen reproduziert. Neben den offensichtlichen Ausschlüssen und Diskriminierungen in Bildungseinrichtungen, die sich z.B. in Bewertungen seitens Fachkräften oder in Interaktionen, die sich in Form von verbaler oder physischer Gewalt äußern können, haben Rassismus und Diskriminierung in den Machtverhältnissen des Bildungssystems eine subtile, jedoch sehr prägende Wirkung auf Kinder, Jugendliche und andere Beteiligte. Diskriminierungen haben eine gefährdende Wirkung auf Identitätsentwicklungsprozesse von jungen Menschen. Daraus besteht der Bedarf, dass eine professionelle, macht- und diskriminierungskritische Haltung in pädagogischen Kontexten entwickelt wird, die verpflichtend ist. Mit dem Ziel, dass u.a. das Recht von Kindern und Jugendlichen auf diskriminierungsfreie Bildung respektiert wird. Das gilt ebenso für ihre Rechte auf Versorgung und Schutz, auf Wahrung des Kindeswohls (umfassender Kinderschutz), auf Bildung sowie auf Meinungsfreiheit und Entwicklung ihrer Persönlichkeit.

HISTORIE AuF-FK. Die bezirkliche **Anlauf- und Fachstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen und Kitas in Friedrichshain-Kreuzberg (AuF-FK)** besteht seit Januar 2020 und wurde ausgehend von einer Beschlussempfehlung der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg vom Bezirksamt in Zusammenarbeit mit der regionalen Schulaufsicht eingerichtet. Die **AuF-FK** arbeitet im Rahmen des Kooperationsverbunds *Die Werkstatt – Familie, Schule und Jugendhilfe gemeinsam denken* und steht in Trägerschaft der **RAA Berlin**. Diese trägt und unterstützt diskriminierungskritische Partizipationsprojekte in Bildungseinrichtungen und in der Kommune.

FOKUS. Ein Schwerpunkt in der Arbeit der **AuF-FK** ist die rassismus- und diskriminierungskritische, strukturelle Weiterentwicklung von Bildungseinrichtungen im Bezirk. Auch deshalb legt die **AuF-FK** einen Fokus auf Nachhaltigkeit in den Angeboten, indem die Einrichtungen und Akteur*innen im Bildungsbereich dabei unterstützt werden, diskriminierungskritische Prozesse zu initiieren. Darüber hinaus geht es bei den Angeboten nicht nur um die Behandlung oder Thematisierung einzelner Diskriminierungsdimensionen, sondern um die Gleichzeitigkeit und die Verschränkung verschiedener Diskriminierungskategorien (Intersektionalität). Die Arbeit der **AuF-FK** folgt dem Ansatz der rassismus- und diskriminierungskritischen *Wahrnehmung, Haltung und Handlung* (von Katja Kinder und Peggy Piesche).

ZIEL. Über eine diskriminierungskritische *Wahrnehmung*, verbunden mit einer klaren *Haltung* soll eine *Handlung* in der pädagogischen Praxis initiiert werden, die von Professionalität geprägt ist, so dass langfristig ein angemessener Umgang mit rassistischen und diskriminierenden Vorfällen in den Einrichtungen erreicht werden kann. Dies ist ein Anstoß für einen strukturellen Wandel im Bildungsbereich.

ANGEBOTE. Die **AuF-FK** arbeitet parteiisch, emanzipatorisch und vertraulich. Sie bietet u.a. diskriminierungs- und rassismuskritische Beratung, Expertise und Fachberatung sowie Prozessbegleitung an. Ebenso Vermittlung und Verweisberatung. Eine weitere wichtige Tätigkeit ist die Vernetzung in und mit einschlägigen Stellen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen aus dem Antidiskriminierungsbereich.

ZIELGRUPPE. Hauptzielgruppen der **AuF-FK** sind (rassismus- und diskriminierungserfahrene) Kinder und Jugendliche, deren Eltern- und Bezugspersonen und/oder Erziehungsberechtigte, Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte und Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Einrichtungsleitungen sowie weitere Fachkräfte wie Elternbegleiter*innen und Fachberater*innen.

KONTAKT. **Anlauf- und Fachstellen für Diskriminierungsschutz an Schulen und Kitas in Friedrichshain-Kreuzberg (AuF-FK)**, auf-fk@raa-berlin.de, <https://www.auf-fk.de/kontakt>.



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

ARIBA e.V./ReachOut, Kopernikusstraße 23, 10245 Berlin

Pressemitteilung

ReachOut nimmt Stellung zum Prozess und Urteil vom 27. April gegen die Angreifer*innen von Dilan S.

Der Rassismus, den Dilan S. während des Angriffs am 5.2. 2022 erfahren musste, setzt sich im Gerichtssaal fort.

Berlin, 28.April 2023

Die Solidarität von Aktivist*innen und Initiativen mit Dilan S. war groß, Kundgebungen haben während des Prozesses stattgefunden und Unterstützer*innen haben das Verfahren gegen die Angreifer*innen konsequent und an allen Prozesstagen beobachtet. Dilan S. wurde begleitet und unterstützt. Auch das Medieninteresse war groß. Das ist außergewöhnlich und wäre doch unbedingt notwendig bei jedem einzelnen dieser Prozesse.

Dilan S. hat das ganz allein geschafft. Sie war es, die trotz ihrer Todesangst den Angriff auf sie gefilmt hat. Sie hat die Polizei gerufen. Passant*innen, die die Schläge, Beleidigungen und Tritte von sechs Angreifer*innen beobachteten, haben dabei nicht geholfen. Diejenigen, die eingreifen wollten, wurden von einem der Täter davon abgehalten.

Dilan S. war es, die sich an die Öffentlichkeit gewandt hat. Nicht etwa, weil ihr das Spaß gemacht hätte, so wie es einige der Angeklagten behaupten. Die Polizei hatte in einer ersten Pressemeldung den Angriff völlig falsch dargestellt und Dilan S. eine Mitschuld gegeben. Diese Darstellung wurde von den Medien ohne eigene Recherchen unhinterfragt übernommen. Diese Demütigungen musste Dilan S. nach dem brutalen Angriff ertragen. Sie hat sich gewehrt. Und nur durch ihre Kraft, ihre berechnete Wut und ihren Mut gelang es ihr, ihre Wahrheit und die Bilder der Tat der Definitionsmacht von Polizei und Medien entgegenzustellen. Bis zum heutigen Tag hat sich die Polizei nicht bei Dilan S. entschuldigt. Schon allein dies ist ein Skandal.

Sechs erwachsene Täter*innen (teilweise einschlägig vorbestraft) beleidigten, schlugen und traten eine Jugendliche und bezeichnen sie dann vor Gericht als diejenige, die Schuld an dem Angriff gewesen sei. Die Angeklagten stellten Dilan S. in einer rassistischen und sexistischen Sprache als die eigentliche Aggressorin dar. Sie habe provoziert und keinen Respekt vor älteren Menschen gezeigt.

Ihre brutale Tat reflektieren müssen die Angeklagten nicht. Das Gericht erlaubt es ihnen vom Prozess und der Urteilsverkündung fernzubleiben.

Dilan S. ist während des Prozesses erneut mit Rassismus, Sexismus und mit einem Gericht konfrontiert, das eine Opfer-Täter Umkehr nicht nur zulässt, sondern bisweilen für glaubwürdig zu halten scheint.

ReachOut ist ein Projekt von ARIBA e.V. Spenden sind steuerlich absetzbar
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft,
Spenden-Konto-Nr.: 3244801, BLZ: 100 205 00, IBAN: DE65100205000003244801,
SWIFT/BIC : BFSWDE33BER



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Bis zum Schluss wird das rassistische Motiv der Tat verharmlost. Das Gericht bezweifelt die psychischen und körperlichen Folgen der Tat. So wird von Seiten des Gerichts kommentiert, dass ein Angriff mit einem Baseballschläger schlimmere Folgen gehabt hätte. Eine vorliegende psychologische Stellungnahme wird ignoriert. Das Gericht wiederholt mehrmals einige der demütigenden Beleidigungen, die Dilan S. während des Angriffs ertragen musste. Mehr noch, es bagatellisiert diese Äußerungen. Zeug*innen, die die Aussagen von Dilan S. bestätigen, werden nicht ernst genommen und ihre Glaubwürdigkeit in Frage gestellt.

Das Geschehen im Gerichtssaal und die Prozessführung ist ein dritter Angriff auf Dilan S.. Die Folgen der Tat trägt sie als Betroffene und tragen ihre Angehörigen, nicht die Angreifer*innen.

Die können sich durch dieses Urteil (Bewährungsstrafen, Geldstrafen und Freisprüche für zwei der Angeklagten) in ihrem rassistischen, menschenverachtenden Handeln bestätigt fühlen. Andere Rassist*innen, die wie die Angeklagten zuschlagen, werden durch die Prozessführung und die Urteile ermutigt. Der Vater von Dilan S. hat am letzten Verhandlungstag, nachdem die Plädoyers gehalten wurden, zurecht gefragt, wer die nächsten Opfer schütze, wenn die Täter*innen wieder zuschlagen.

Allein die Staatsanwaltschaft wendet sich während des Plädoyers an Dilan S. und betont, dass sie das Opfer, nicht die Täterin sei. Und dass die Tat eindeutig rassistisch war.

Wie sich Opfer rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt und Bedrohung zu verhalten haben, was sie als Opfer glaubwürdig macht, bestimmen vor allem Ermittlungsbehörden und Gerichte: Ängstlich, wehrlos, leise und verzweifelt sollen sie sein. Opfer, die sich wehren, denen es trotz aller schwerwiegenden Folgen einer solchen Tat gelingt, öffentlich ihre Perspektive darzustellen, sind unbequem und müssen damit rechnen, so wie in diesem Prozess, nicht ernst genommen, als nicht wirklich glaubwürdig diffamiert zu werden. Das ist Teil der Logik, die institutionellen Rassismus prägt.

Dilan S. hat alles richtig gemacht. Ihr gehört unsere Solidarität und unser Respekt.

Für ReachOut bleibt nach einem solchen Verfahren der Zweifel, ob und wie es möglich ist, Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in der Beratung zu ermutigen, den Weg einer juristischen Aufarbeitung zu gehen.

Der institutionelle Rassismus in der Justiz, der Rassismus im Gerichtssaal muss endlich thematisiert und unterbunden werden. Schließlich geht es darum, Betroffene vor weiteren Traumatisierungen und Demütigungen zu schützen.

Sabine Seyb, ReachOut

Für Rückfragen:

030-69568339

0170-4265020

ReachOut ist ein Projekt von ARIBA e.V. Spenden sind steuerlich absetzbar
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft,
Spenden-Konto-Nr.: 3244801, BLZ: 100 205 00, IBAN: DE65100205000003244801,
SWIFT/BIC : BFSWDE33BER